

# Zu viel Kraftfutter

**Analyse** Die Milchkrise zeigt, dass die Exportstrategie für die Landwirtschaft nicht funktioniert. *Von Michaela Schießl*

Seit Mitte der Woche hat Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) tierischen Besuch. Vor seinem Wahlkreisbüro in Neustadt an der Aisch steht die rotbunte Milchkuh Zilly. Um sie herum lärmen Hunderte Milchbauern, skandieren Protestparolen und läuten mit Kuhglocken. Sie sind gekommen, um gegen ihren Untergang zu demonstrieren.

Denn der Milchpreis ist rapide abgestürzt. Ungefähr 40 Cent pro Liter Milch braucht ein Bauer, um existenz-erhaltend produzieren zu können. Derzeit jedoch bekommen die Landwirte von den Molkereien im Durchschnitt nur noch 23,5 Cent pro Liter, in manchen Regionen gar nur noch 17 Cent – ein absoluter Negativrekord. Der Milchpreis ist damit seit Dezember um 30 Prozent abgesackt. Immer mehr Bauern kapitulieren.

Die Erklärung dafür ist einfach: Es gibt viel zu viel Milch auf der Welt. Australien, Neuseeland und die Vereinigten Staaten schütten große Mengen auf den Markt. Europa hat seine Produktion um 5,5 Prozent gesteigert, seit die Milchquote im April 2015 gefallen ist.

Das Ende der Quote war besonders in Deutschland mit großen Hoffnungen verbunden. Seit Langem sehen das Bundeslandwirtschaftsministerium und der Deutsche Bauernverband die Zukunft der europäischen Bauern auf dem globalen Markt. „Wachse oder weiche“ hieß deshalb das Credo des Deutschen Bauernverbands – und die Landwirte folgten dem Ruf. Sie verschuldeten sich, bauten immer größere Ställe und füllten sie mit Hochleistungskühen.

Doch die Hoffnung, dass die Welt mit Milch aus Deutschland versorgt werde, hat sich nicht erfüllt. Es gibt schlicht nicht genug Abnehmer.

Jetzt, in der Krise, werden als Ursachen die sinkende Nachfrage aus China genannt oder das auf den Ukraine-konflikt folgende russische Embargo für landwirtschaftliche Produkte. Doch das sind keine plötzlichen Entwicklungen. Seit Längerem baut China eine eigene Produktion auf. Und Russland schützt seine Bauern, wo es kann, ähnlich wie das die EU tut.

Dass Deutschland auf dem Weltmarkt derzeit eine solche Bruchlandung erlebt, hat andere Gründe: Die Produktionskosten sind international nicht konkurrenzfähig. Das wusste schon vor der Exportoffensive jeder, der sich damit auskennt.

Hierzulande wird jede zweite Kuh ausschließlich im Stall gehalten und dort mit Grassilage, Maissilage und Kraftfutter ernährt. Hochleistungsbetriebe setzen sogar 50 Prozent Kraftfutter ein. Das ist deutlich teurer, als das Vieh einfach auf Weiden grasen zu lassen, wie das meis-

tens noch bei den Hauptkonkurrenten USA oder Neuseeland praktiziert wird.

Dazu kommt das raue Klima, das einen Stall nötig macht und ebenfalls ein Kostenfaktor ist, der für viele Wettbewerber nicht anfällt, selbst innerhalb der EU nicht. Irland zum Beispiel profitiert von der Öffnung auf dem Weltmarkt, weil es seine Produktionsform angepasst hat. Dort werden Kälber en bloc im Frühjahr geboren und sofort auf die Weiden geschickt. Im Winter wird weniger gemolken, so muss man in der graslosen Zeit kein Kraftfutter zukaufen. Und die Tiere verbringen wegen des milden Klimas wenig Zeit im Stall.

Trotzdem setzen der Deutsche Bauernverband und das Bundeslandwirtschaftsministerium seit Jahren auf Exportorientierung und hoch technisierte Großbetriebe – und haben damit die Milchbauern in ein Rennen auf dem Weltmarkt geschickt, bei dem sie kaum mithalten können.

Vernünftig wäre gewesen, die Milchwirtschaft der Situation gemäß neu auszurichten und einen Plan für die Zeit nach der Quote zu entwickeln. Man hätte auf Qualität setzen können statt auf Menge; auf höhere Prämien für Weidemilch, für die der Kunde mehr zu zahlen bereit ist; auf regionale Vermarktung und feine Edelingelung statt auf Massenware. Die Biomilchbauern gehen diesen Weg mit Erfolg.

Eine Diskussion darüber findet nicht statt, selbst jetzt nicht, wo die Bauern auf die Barrikaden gehen.

Die EU plant sogar, die Überschüsse hoch subventioniert als Milchpulver nach Mexiko und Kolumbien zu schicken, was die dortigen Bauern in Not bringen könnte.

Am 30. Mai lädt Minister Schmidt zum Milchgipfel. Den Bundesverband Deutscher Milchviehhalter, der seine Politik kritisiert, hat er nicht eingeladen. Schmidt will bis zu hundert Millionen Euro an Liquiditätshilfen für die Bauern bereitstellen. Das dient wohl eher der Beruhigung der Öffentlichkeit. Mit durchschnittlich 1300 Euro pro Hof können Bauern trotzdem nicht überleben.

Statt über das System zu diskutieren, schieben Politik und Verbandsfunktionäre die Schuld dem Einzelhandel zu. Aldi und Co. sollten aus ethischen Gründen mehr Geld für Milch bezahlen, fordern sie. Dabei agieren die Einzelhändler ökonomisch sinnvoll: Wenn das Angebot groß ist, sinkt der Preis.

Bisher denken die Politik und der Bauernverband nicht darüber nach, ob ihre Strategie richtig ist. Sie nehmen in Kauf, dass die industrialisierte, exportorientierte Landwirtschaft das Ende für viele Landwirte bedeutet. Damit könnten sie nicht nur den Rückhalt der Bevölkerung verlieren, sondern langsam aber sicher auch den der Bauern. ■

